

nislausfeiern nach Krakau kommt. Obwohl im Kommuniké unerwähnt, waren die Reisepläne des Papstes auch eines der Themen des mehrstündigen Gesprächs, das der Primas, Kardinal Wysziński am 24. Januar mit Parteichef Edward Gierek führte. Daneben dürfte die *schwierige wirtschaftliche Lage Polens* zur Sprache gekommen sein. Das zwischen beiden Seiten ab-

gesprochene Kommuniké spricht von einem „Meinungsaustausch über die wichtigsten Angelegenheiten der Nation und der Kirche, die eine große Bedeutung für die richtige Entwicklung der Beziehungen und des Zusammenwirkens der Kirche und des Staates für die Einheit der Nation beim Werk der Gestaltung des Wohlergehens der polnischen Volksrepublik

und der Stärkung ihrer Stellung in der Welt haben“.

Einzelheiten über das mehrstündige Gespräch wurden nicht bekannt. Von kirchlicher Seite betont man, daß in dem Kommuniké eine *gleichrangige Partnerschaft* der Kirche und des Staates zum Ausdruck komme. Die Kirche in Polen verlangt seit langem öffentlich-rechtliche Anerkennung. R. M.

Entwicklungen

Konsens in was und worüber?

Zum Kongreß der Kirchen über Entwicklungspolitik

Bischof *Heinrich Tenhumberg* von Münster meinte in seinem geistlichen Schlußwort zum entwicklungspolitischen Kongreß der Kirchen in Bad Godesberg – sein voller Titel hieß: „Entwicklung, Gerechtigkeit, Frieden. Kirchen im Gespräch mit Parteien und gesellschaftlichen Gruppen“ –, bei der Rückbesinnung auf die Arbeiten dieses Kongresses verhalte es sich wohl so wie bei der Gewissenserforschung eines Durchschnittschrists am Abend: „Man wird still vor Gott, man schaut zurück auf den Tag, man richtet ein klein wenig über sich selbst, man faßt heilige Entschlüsse für den neuen Beginn am Morgen, bittet um Gottes Vergebung und legt sich dann schlafen.“ Einiges von dem müsse jetzt am Schluß auch getan werden, und manches davon sei wohl schon in den vorausgegangenen Stunden der Arbeitskreisberichte und Resümees getan worden. Und das sei gut so. Nur eines gehe um Gottes und der Menschen willen nicht: „Schlafen legen dürfen wir uns nicht!“

Ein Kongreß in Großformat

Ob manche der ca. 850 Teilnehmer und Gäste beim Auseinandergehen nach den fast viertägigen Beratungen nicht doch dachten, jetzt habe man in puncto Entwicklungspolitik wieder einmal das Seinige getan, nun sei es für einige Zeit genug, weiß ich nicht. Denn populär ist die Sache – so wurde vom Bundespräsidenten bis zum schlichten Diskutanten aus dem Publikum versichert – ja weiß Gott nicht. Und schwierig ist die Problematik obenhin, schon im eigenen Lande, geschweige denn zwischen den Industrie- und den Partnerländern in der Dritten Welt. Ein indonesischer Gast meinte nicht ohne Augenzwinkern, er sei ganz

beeindruckt von den Schwierigkeiten, die die Deutschen untereinander bei diesem Thema hätten. Und einiges von den gegensätzlichen Interessen und Sichtweisen zwischen unterschiedlichen Interessenverbänden, gegensätzlichen politischen Richtungen und ungleichartigen kulturellen und kirchlichen Lebensstilen war auf dem Kongreß trotz der erklärten Zielsetzung, diesen als Dialog zum Zwecke erweiterter Konsensbildung zu führen, ja durchaus zu spüren. Schließlich: ein bißchen ermüdend war der Kongreß durch die vielen Statements, Einführungen, Zusammenfassungen, Begrüßungsworte – meist doppelt durch je einen Vertreter beider Kirchen, und wenn eine politische Instanz dazukam, etwa Entwicklungsminister *Rainer Ofergeld* beim Empfang am Freitagabend – und durch die vielen unvermeidlichen Leerformeln und Gemeinplätze auch. Der Schlaf mag am Schluß nicht fern gewesen sein. Daraus abzuleiten, es hätte sich wenigstens für einen Teil der Mitwirkenden nur um eine Art Pflichtübung gehandelt, der man sich der Kirchen und des eigenen unter entwicklungspolitischem Aspekt nicht immer besten Rufs wegen unterzog, wäre dennoch grundfalsch. Die Brisanz des vom 24. bis 27. Januar in der Godesberger Stadthalle veranstalteten Kongresses lag nicht nur im Thema, auch wenn dieses eine der schwierigsten und zugleich wichtigsten und ungelöstesten Gemeinschaftszukunftsaufgaben im Weltmaßstab betraf. Sie kam auch in der Art, Struktur und Zielsetzung der Veranstaltung zum Ausdruck.

Der Kongreß war von langer Hand vorbereitet; die Idee und der Plan, ihn zu veranstalten, reichen gut sieben Jahre zurück, in die erste Phase der Nachüberlegungen zum *Augsburger Ökumenischen Pfingsttreffen 1971* (vgl. HK,

Juli 1971, 332–342). Er wurde verstanden und organisiert als Teil und einstweiliger öffentlicher Höhepunkt eines „Dialogprogramms der Kirchen“ mit den politischen Parteien und gesellschaftlichen Verbänden, das auf jeweils bilateraler Basis Ende 1976 begann und Ende 1979 zu einem vorläufigen Abschluß kommen soll. Es gingen nicht nur längere Gespräche mit den einzelnen im Bundestag vertretenen Parteien voraus, sondern ein ebenso langer und – wie vielfach zugegeben – nur „zögernd aufgenommener Dialog“ der deutschen Industrie, mit dem Gewerkschaftsbund (Einzelgewerkschaften mit eingeschlossen) und dem Deutschen Bauernverband mit den kirchlichen Trägern voraus. Zwischenergebnisse der Gespräche mit einzelnen Partnern, so mit der CDU und der SPD sowie mit dem Bauernverband lagen dem Kongreß schriftlich vor. Dieser selbst wurde *nicht als ein Fachkongreß* organisiert, sondern als Gespräch der Kirchen bzw. der kirchlichen Träger (Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Deutscher Evangelischer Kirchentag, [ev.] Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst, Katholischer Arbeitskreis Entwicklung und Frieden) mit Parteien und Verbänden, das auf dem Kongreß zugleich *öffentlich und multilateral* wurde.

Die Vertreter der Kirchen und kirchlichen Entwicklungsorganisationen konnten Genugtuung darüber empfinden, daß es gelungen war, die verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen auf diese Weise zusammenzuführen und in eine auf Konsens in den Grundfragen der Entwicklungspolitik hinzielende gegenseitige Diskussion zu verwickeln oder wenigstens die jeweiligen Standpunkte in einer größeren Öffentlichkeit darzustellen. Damit mußte in Kauf genommen werden, daß daraus eine Veranstaltung in Großformat wurde, ein in länglichen Referaten sich abspielendes Defilee von Politikern und Spitzenfunktionären. *Helmut Kohl* trug als einsame Größe unter Politikern zweiter und dritter Kategorie den Standpunkt seiner Partei selbst vor. Die SPD entsandte *Egon Bahr*, die F.D.P. *Hildegard Hamm-Brücher*, die CSU *Theo Weigel*. Für die deutsche Industrie sprach DIHT-Präsident *Otto Wolff von Amerongen*, den DGB vertrat *Heinz Oskar Vetter* persönlich, während Bauernverband-Präsident *Constantin Freiherr von Heeremann* sein Referat durch den Vorsitzenden des Rheinischen Bauernverbandes verlesen ließ.

Folglich mußte vor allem an den ersten zwei Tagen viel Zeit für Standpunkt- und Willenserklärungen aufgewandt werden auf Kosten der Auseinandersetzung in den Arbeitskreisen, die auf wenige Stunden am Freitagvormittag und -nachmittag zusammengedrängt wurden. Aber als *erster öffentlicher Versuch einer Konfrontierung der Standpunkte* war dies durchaus keine vergebliche Liebesmüh, auch wenn man im Sinne des angestrebten Konsenses höflich, ja zu höflich miteinander umging und vor allem eine notpeinliche Befragung der Parteien und Verbände durch die kirchlichen Vertreter fehlte.

Doch gab es einige Glanzpunkte: Die Rede des *Bundespräsidenten* und ersten Entwicklungshilfeministers der

Bundesrepublik zur Eröffnung, das Grundsatzreferat von Ministerialdirigent *Karl Osner* am Donnerstag früh und die teils recht muntere Befragung der Vertreter der kirchlichen Hilfswerke, die es allerdings nicht schwer hatten, sich darzustellen durch Presseleute unter der umsichtigen Leitung des Politikers und Kirchenmannes *Erhard Eppler*. *Vertreter der Entwicklungsländer* selbst kamen nur wenig zu Wort: gelegentlich durch die eine oder andere Frage auf dem Podium oder durch Stellungnahmen bei Pressekonferenzen. Der Beitrag des einzigen Großreferenten aus der Dritten Welt, des Generalsekretärs der Kirchenkonferenz der Karibik, *Roy G. N. Neehall*, erwies sich insofern als ein Regiefehler, als dessen Referat am Mittwochnachmittag wegen verspäteter Landung verlesen werden mußte und zum verlesenen Referat eine Diskussion nicht zustande kam. Ich weiß nicht, ob deshalb alle dem Landessuperintendenten *Günter Linnenbrink* voll zustimmen konnten, als dieser in einer Art Zwischenbericht erklärte, „daß auf diesem Kongreß unsere Partner deutlich in Erscheinung getreten und zu Wort gekommen sind“.

Die Fakten sind klar, die Lösungen schwierig

Die Fakten, deren es Herr zu werden gilt bzw. die zu verändern sind, wurden von Anfang an auf den Tisch gelegt, am unmißverständlichsten von *Roy Neehall*.

Im Rückblick freilich, so meinte Bundespräsident *Walter Scheel*, sei es nicht wenig, was seit Beginn der sechziger Jahre entwicklungspolitisch erreicht worden sei; wenigstens auf den ersten Blick mute es so an:

„Viele damals auf Almosen angewiesene Völker ernähren sich heute auch dank unserer Hilfe aus eigener Kraft. Die ‚grüne Revolution‘, die Einführung ertragreicher Weizensorten und systematische Verbesserungen der Landwirtschaft haben die Not in vielen Regionen beseitigt. Eine Reihe von Ländern hat ihre Wirtschaft dynamisch entwickelt. Nicht zuletzt dank der staatlichen Entwicklungshilfe und privatwirtschaftlicher Investitionen des Westens haben sie ihr technologisches Niveau entscheidend verbessern können. Die wirtschaftlichen Zuwachsraten in Südostasien und in Korea, in Mexiko und in Brasilien sind heute höher, als sie je bei uns waren ... Und doch ist das Ziel nicht erreicht. Der materielle Abstand zwischen Nord und Süd, zwischen reichen und armen Ländern wächst weiter. Zugleich wächst auch der Abstand zwischen fortgeschrittenen Entwicklungsländern, die an der Schwelle zum Industriestaat stehen, und anderen Ländern der Dritten Welt, in denen die Menschen bittere Armut leiden.“

Und *Roy Neehall*: die „*historische Wirklichkeit*“ in unserer heutigen Welt sei die einer großen Not. Dabei zitierte er aus dem Schreiben der Deutschen Bischofskonferenz anläßlich des zehnjährigen Bestehens des Hilfswerks Misereor:

„700 Mio. Menschen leiden an Nahrungsmangel oder Unterernährung; 1200 Mio. Menschen haben weder Trinkwasser, noch verfügen sie über ausreichende Gesundheitsfürsorge;

250 Mio. leben in Slumgebieten in riesigen Städten ... unter erbärmlichen Bedingungen, oft arbeitslos und ohne soziale Sicherheit; 550 Mio. können weder lesen noch schreiben, noch haben sie Lernmöglichkeiten; in mehr als 40 Ländern ist das jährliche Pro-Kopf-Einkommen weniger als 500.- DM bzw. 250 US-Dollar.“

Diese historische Notlage ist mitbedingt und wird nach Neehall aufrechterhalten durch eine *Ressourcen-Verteilung*, die einseitig die reichen Länder begünstigt:

„Die industrialisierten Länder mit 30% der Erdbevölkerung kontrollieren 91% aller Exporte, 85% der Rüstungsproduktion und 98% in Forschung und Wissenschaft. Dieselben Länder verbrauchen 87% der Weltenergieherstellung, 78% aller Düngemittel, 94% Aluminium und 94% aller Kupfervorräte. Im Jahre 1976 waren 5% Zuwachs des Bruttosozialprodukts der USA gleichzusetzen mit dem Zuwachs von mehr als 70 Ländern der Dritten Welt.“

Dasselbe Ungleichgewicht machte Neehall durch den *ungleichgewichtigen Anteil an den Welthandelsbeziehungen* deutlich:

„Der Anteil am Welthandel der nicht-Öl-exportierenden Entwicklungsländer ist ständig gefallen, d. h. von 19% im Jahre 1960 auf 14% bis Mitte der siebziger Jahre. Das Defizit ihrer Zahlungsbilanz stieg von 10,7 Milliarden US-Dollar 1973 auf 42 Milliarden 1975. Demzufolge stiegen ihre Schulden gegenüber dem Ausland ständig von 85 Milliarden 1974 auf 172 Milliarden 1976. Im Jahr 1980 werden die Schulden schätzungsweise 200 Milliarden Dollar betragen.“

Auch wenn Neehall als ein Sprecher aus der Dritten Welt mit dem *Anteil der Schuld der Industrieländer* an der noch wachsenden Diskrepanz zwischen Industrie- und Entwicklungsländern nicht zimperlich umging, so verkannte er doch nicht Ursachen, die in den Ländern der Dritten Welt selbst wirksam sind:

„Nur zu oft sind es die einflußreichen wirtschaftlichen und politischen Gruppen der Dritten Welt, die den Löwenanteil der Gewinne der Dritten Welt einkassieren und nicht etwa die Masse der Bevölkerung. Korruption blüht zum Teil deshalb, weil man sich Investitionen zu günstigen Bedingungen beschaffen will. Wie ein westindischer Romanschriftsteller einmal schrieb: Im Zusammenhang mit jedem neu errichteten Unternehmen steht ein weißer millionenschwerer Geschäftsmann und ein schwarzer millionenschwerer Politiker.“

Das Fazit aus all dem:

„Die Lebensbedingungen für die Ärmsten der Welt können nicht geändert werden, ohne daß die Lebensbedingungen der mächtigen Nationen davon beeinträchtigt werden.“ Und: „Wenn der Entwicklungsprozeß nicht beschleunigt wird, wird ein dauerhafter Frieden innerhalb und zwischen den Nationen nicht erzielt werden können.“

Daß die Leistungen hinter den Anforderungen weit zurückbleiben, hatte schon Bundespräsident Scheel noch einmal deutlich gemacht:

„Die Bundesrepublik Deutschland hat sich mit anderen Industriestaaten 1971 in den Vereinten Nationen zu dem Ziel verpflichtet, ihre öffentliche Entwicklungshilfe auf 0,7% des Bruttosozialprodukts zu steigern. Wir haben diese Zusage bisher nicht erfüllt. Zwar steht außer Zweifel, daß die deutsche

private Entwicklungshilfe – und hier sind vor allem die Kirchen zu nennen – ihre bedeutenden Leistungen weiter verbessern konnte. Zwar haben wir die öffentliche Entwicklungshilfe in absoluten Zahlen wesentlich gesteigert. Aber sie lag in den letzten zwei Jahren unter 0,3%. Das ist weniger als die Hälfte der angestrebten Leistung. Und auch die größten anderen westlichen Industriemächte, die Vereinigten Staaten und Japan, sind weit hinter diesem Ziel zurückgeblieben. Der weltweite Kampf gegen Hunger und Not wird nur mit halber Kraft geführt.“

Und Karl Osner zum gleichen Thema:

„Versprochen wurden, wenn auch ohne Zeitziel, 0,7% des Sozialprodukts für öffentliche Entwicklungshilfe. Alle sind dafür: 0,27% lautete 1977 das Ergebnis. Bis 1976 entsprachen die öffentlichen Leistungen in etwa dem Mittelwert der Gesamtleistungen der westlichen Industrieländer. Seitdem ist eine fallende Tendenz zu beobachten.“

Das Stichwort hieß hier: *Aufarbeitung der Defizite* nicht nur der quantitativen durch Steigerung des Entwicklungshilfeanteils, sondern durch Findung der wirksamsten, der Lage des einzelnen Menschen möglichst nahekommenden Methoden und hierzulande durch sachgerechte Erörterung ohne Ausklammerung gegensätzlicher Interessen und kontroverser Standpunkte und in der Aktion Konzentration im Sinne des „Weltentwicklungsberichtes“ auf vier Schwerpunkte:

1. Die Aufrechterhaltung oder Förderung eines schnellen Wirtschaftswachstums in den Entwicklungsländern.
2. Die Steigerung der Produktivität der armen Länder und damit der Einkommen ihrer Bevölkerung.
3. Verbesserung des Zugangs der Armen zu den wesentlichen öffentlichen Dienstleistungen (Gesundheitsdienste, Trinkwasser, Ausbildung).
4. Verbesserung der Rahmenbedingungen des internationalen Handels.

Es bestand so gut wie Einmütigkeit darüber, daß die Verbesserung der Rahmenbedingungen im Bereich des internationalen Handels ein ganz entscheidendes Element ist für eine größere Verteilungsgerechtigkeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern bzw. im Weltmaßstab. Es bestand aber auch Klarheit darüber, daß dies nur einer von mehreren wesentlichen Faktoren sein kann.

Wie es auch im kleinen möglich ist – das sei hier nur am Rande vermerkt –, die Lebensbedingungen der benachteiligten Schichten in den Entwicklungsländern zu ändern und welche Hilfestellung gesellschaftliche Gruppen hierzulande dazu leisten können, zeigte Osner an zwei Beispielen: an den sog. Aval-Krediten für Kleinbauern und an der Eigentumssicherung für die sog. Posseiros. Zum *Avalkredit*: Kleinbauern in der Dritten Welt haben kaum Zugang zu Bankkrediten; dieser Zugang würde erleichtert, wenn sie die nötigen Sicherheiten bieten könnten. Dies aber wäre durch die Bürgschaft einer deutschen Genossenschaftsbank möglich. Zum zweiten: viele brasilianische Kleinbauern (*Posseiro*) bearbeiten Land ohne förmlichen Rechtstitel. Nach fünfjähriger Bearbeitung kann er nach brasilianischem Recht zwar Eigentümer werden. Da

die Eigentumsrechte aber förmlich vielfach nicht geregelt sind, verstehen es Großfirmen, die große Ländereien industriemäßig nutzen wollen, es posseiro-frei zu machen, d.h. die Kleinbauern zu vertreiben. Nach Schätzungen sind ca. zwei Millionen vertrieben worden oder sind von Vertreibung bedroht. Seit einiger Zeit bemüht sich der brasilianische Episkopat mit Hilfe von Misereor um die Klärung der Eigentumsrechte. Auf diese Weise konnten etwa 500000 Kleinbauern-Familien ihr Land endgültig oder vorläufig behalten.

Konsens und Differenzen

Was freilich in Godesberg an Fakten und Faktenanalyse sowohl an Zustandsanalyse wie an Prospektive vorgetragen wurde, waren allerdings mehr *Vorüberlegungen zum eigentlichen Thema* des Kongresses, wie in der Bundesrepublik in Blick auf größere Wirksamkeit in den Entwicklungsländern *ein größerer entwicklungspolitischer Konsens zwischen den Parteien und gesellschaftlichen Gruppen* erreicht werden kann. Nach den viertägigen öffentlichen Beratungen läßt sich noch nicht abschätzen, wieweit künftig mit mehr handlungsbezogener Übereinstimmung innerhalb und zwischen den verschiedenen politischen Kräften und gesellschaftlichen Gruppierungen zu rechnen ist, Gemeinsamkeiten ließen sich aber durchwegs erkennen:

1. stand bei allen außer Zweifel, daß die Entwicklungspolitik als Politik der Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Ländern der Dritten Welt und der Gestaltung des Verhältnisses zwischen diesen und den Industrieländern zur *politischen Weltaufgabe schlechthin* geworden ist. Ebenso unbestritten war, daß davon zu einem großen Teil die Friedenssicherung abhängt und daß in dem Maße, in dem es gelingt, den Ausgleich zwischen reichen und benachteiligten Ländern zu verbessern, an der Sicherung der eigenen Zukunft gearbeitet wird. An dieser neuen Variante eines „sacro egoismo“ wurde de facto nicht gerüttelt. Man erwartet sich davon offenbar am ehesten Auftrieb und Verständnis bei der Bevölkerung für die einmal zu treffenden notwendigen Entscheidungen. Zugleich zeigte sich hier die größte Diskrepanz, eine enorme psychologische Hemmschwelle: Die Menschen hier werden zwar täglich mit dem Elend der Dritten Welt konfrontiert, aber sie erkennen das weltweite Elend nur sehr bedingt als ihren eigenen Mitverantwortungsbereich. Bundespräsident Scheel hatte auch diesen Sachverhalt sehr einprägsam formuliert: „Wir sehen die Not in aller Kraßheit im Fernsehen. Aber die große Mehrheit unserer Mitbürger hält sich nicht für betroffen. Dabei haben alle, die älter als 30 Jahre sind, doch erfahren, was Hunger ist. Viele Ältere wissen sogar was es bedeutet, seinen um Essen bettelnden Kindern nichts geben zu können. Und doch gibt es bei uns viel Hilfsbereitschaft. Wann immer ich in Rundfunk oder Fernsehen zur Welthungerhilfe oder zur Friedlandhilfe aufrufe, ereignet sich folgendes: Hunderttausend greifen zur Feder, um eine Überweisung zu schreiben. Und ein Dutzend Bürger greift zur Feder, um mir zu sagen, es sei eine Zumutung, sie wegen nichtsnutziger Aus-

länder oder ungebeter Gäste zu behelligen, die ihre Hilfsbedürftigkeit sämtlich selber verschulden. Und doch würden die meisten von ihnen zugreifen, wenn ihr Nachbar unmittelbar Hilfe braucht. Woran liegt dieser Widerspruch? Die Menschen erkennen nicht, daß die Bilder von Armut und Elend in fernen Ländern, die sie auf dem Bildschirm und auf Plakaten sehen, Wirklichkeit sind. Wir müssen ihnen helfen, das zu begreifen.“

Man hatte nicht den Eindruck, daß in Godesberg dazu richtungsweisende Antworten gegeben wurden. Auf seine Weise sollte freilich der Kongreß selbst eine Antwort darauf sein: durch *Weckung der Gesprächsbereitschaft* zwischen verschiedenen Interessengruppen, Bewußtseinsdefizite aufzuarbeiten. Die Frage ist aber, ob dies über Gespräche mit Verbands- und Parteispitzen überhaupt gelingt, die sich wie der Vertreter des Bauernverbandes sehr schnell darauf berufen, keine Politik vertreten zu können, „die nicht von den Mitgliedern getragen wird“, und ob hier nicht die *Medien* selbst als ein ganz entscheidender Faktor direkt mit einbezogen werden müßten. Ein junger SPD-Politiker meinte in der abschließenden Pressekonferenz, die Veranstalter hätten einen entscheidenden Fehler gemacht, indem sie das nicht taten. Hatte er so ganz unrecht?

2. herrschte Einverständnis darüber, daß ein die Lebensbedingungen in Dritte-Welt-Ländern entscheidend verbessernder Ausgleich nicht ohne Verzichtleistungen unsererseits möglich ist. Der *Begriff des Opfers* erhielt unvermutet und spontan eine zentrale Bedeutung. Zugleich wurde der Begriff etwas entmystifiziert. Da waren nicht nur diejenigen, die sagten, was wir der Dritten Welt aus verteilerender Gerechtigkeit schulden, könne (moralisch) nicht als Opfer bezeichnet werden. Es hieß auch, Opfer seien noch nicht die aufgrund von Importen aus der Dritten Welt notwendig werdenden Umstrukturierungen in der eigenen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Wenn freilich jemand aufgrund solcher Umstrukturierungen seinen Arbeitsplatz tatsächlich verliere, dann sei das ein Opfer, das nicht dem einzelnen zugemutet werden dürfe, sondern von der Volksgemeinschaft zu tragen sei. Dennoch meinte Landessuperintendent Linnenbrink in seiner „Zwischenbilanz“:

„Es war gewiß richtig, daß dieser Begriff angesichts der realen Leistungen auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe und der bisherigen strukturellen Anpassungsmaßnahmen problematisiert wurde. Dennoch halte ich ein so eindeutiges Bekenntnis gerade auch der Vertreter des Bauernverbandes, der Wirtschaft und der Gewerkschaften zur Öffnung der Märkte für die Produkte aus Entwicklungsländern angesichts der damit verbundenen Risiken für Arbeitsplätze und bestimmte Industrie- und Agrarbereiche für außerordentlich beachtlich.“

Es lag auf der Linie dieser Diskussion, daß wenigstens die Erreichung des Zieles, 0,7% des Bruttosozialprodukts an öffentlicher Entwicklungshilfe auszugeben, allseits akzeptiert und proklamiert wurde. Der Oppositionsführer nahm „mit Befriedigung zur Kenntnis, daß meine auf dem entwicklungspolitischen Kongreß der CDU erhobene

Forderung, das von den Vereinten Nationen gesetzte Ziel, 0,7% des Bruttosozialprodukts für öffentliche entwicklungspolitische Zusammenarbeit zur Verfügung zu stellen, inzwischen auch von der SPD wieder ins Auge gefaßt wird“. Ob man sich, wie es SPD-Geschäftsführer Bahr vorschlug, auf einen *Zeitplan* zur Verwirklichung des Ziels zwischen den gesellschaftlichen Gruppen und politischen Parteien unter der Regie oder Hilfestellung der Kirchen wird einigen können, um so der Regierung Dampf zu machen, wird sich zeigen. Der Vorschlag wäre auf jeden Fall ein geeignetes Thema, um den multilateralen Dialog zwischen den Kirchen und gesellschaftlichen Gruppen konkret fortzusetzen.

3. war man sich einig über *wesentliche Elemente eines Entwicklungskonzepts*. Es bestand Einverständnis, daß Entwicklung kein bloß ökonomischer Prozeß ist und sein darf, sondern ein „*integraler*“ Vorgang, der sich auf die Veränderung der gesamten Lebensverhältnisse beziehen muß. Verbleibende Diskrepanzen wurden dabei nicht verschwiegen. „Daß Vertreter der Wirtschaft dazu neigen, Entwicklung als ökonomisch zu fassen, ist genauso bekannt wie die Betonung eines am ganzen Menschen orientierten Entwicklungsbegriffs bei denjenigen, die an der Basis der Entwicklungsarbeit in den Entwicklungsländern stehen“, hieß es in einem zusammenfassenden Bericht aus den Arbeitskreisen 1 bis 3 (Prof. *Theodor Hanf*). Überwunden schienen falsche Gegenüberstellungen. Ziemlich einmütig wurde in einem Arbeitskreis formuliert: „Es kann Wachstum ohne Entwicklung geben, aber es kann keine Entwicklung ohne Wachstum geben.“ Zu einer integralen Entwicklung gehört selbstverständlich eine Zunahme gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit und politischer Mitwirkung der Gesamtbevölkerung. Darüber aber entscheiden mittel- und langfristige Zielgruppen, an die Entwicklungshilfe herankommt oder nicht herankommt. Hier wurde wenigstens das Problem klar definiert:

„Zielgruppe sind alle. Partner ... sind also nicht nur die Führungsgruppen in den Entwicklungsländern, sondern es muß versucht werden, auch denjenigen Menschen ..., die nicht zu den etablierten Führungsgruppen gehören, ein Mitspracherecht bei ihrer Bedürfnisdefinition zu geben, und hierbei könnten die Kirchen eine besonders wichtige Rolle spielen. Es wäre verhängnisvoll, wenn in den Modellen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern die Orientierung in erster Linie an den Bedürfnissen der administrativen Oberschicht erfolgte und nicht an den Bedürfnissen der breiten Masse ... Es muß darauf geachtet werden, daß der Ressourcetransfer nicht in einen Selbstbedienungsladen für die Oberschichten ausartet.“

Ein *Gesamtkonzept entwicklungspolitischer Strategie* konnte von diesem Kongreß, da die Dialogpartner aus entgegengesetzten Interessenlagen erst allmählich zu schlüssigen Handlungskriterien kommen müssen, nicht erwartet werden. Aber *Schwerpunkte*, die gemeinsam vertreten werden können, sind auch dazu durchaus sichtbar geworden. Vielleicht waren sie, wenn schon nicht neu, so

doch in der Einmütigkeit, in der sie vertreten wurden, der eigentliche Ertrag des Kongresses.

Eindeutig ergab sich als vorherrschende Meinung, daß eine Konzentration auf eine „*Grundbedürfnisbefriedigungsstrategie*“ zweckmäßig und notwendig sei. Entwicklung könne nur gelingen, wenn an der „*Graswurzel*“ angesetzt werde, wenn sich die Lebensbedingungen des einzelnen so verbessern, daß er aus persönlicher Apathie herausgeführt und Glied einer aus sich selbst dynamischer werdenden Gesellschaft wird. Die Deckung der Grundbedürfnisse (Nahrung, Gesundheit, Ausbildung, ein Minimum an Infrastruktur) ist nicht nur Beseitigung von Not, sondern Voraussetzung zur Ankurbelung langfristig wirksamer sozialer und ökonomischer Entwicklungsprozesse. Konzentration auf Deckung von Grundbedürfnissen ist deswegen keine Rückkehr zu einem überholten Nothelferkonzept von Entwicklungshilfe, sondern bedeutet ein dreifaches: 1. Eine *Bevorzugung der am meisten benachteiligten Länder* gegenüber solchen mit schon etwas stärkerer wirtschaftlicher Entwicklung und gegenüber sog. Schwellenländern. 2. Die *Anregung der Selbsthilfe vor Ort*, auch der nationalen und regionalen Märkte in den Entwicklungsländern selbst – bei *entschiedener Absage an den unterschiedlichen Import von Großtechnologien*, die wirtschaftlich für die Entwicklungsländer selbst ins Leere greifen und deren soziale Folgekosten die Ungleichheiten im Lande auf eine mittelfristig fast unheilbare Weise vergrößern. Die Absage an den Import von Großtechnologien bedeutete aber *keine generelle Absage an private Investitionen*. Wohl aber wurden nicht nur vom DGB-Vorsitzenden „*Sozialklauseln*“ beim Abschluß von Handels- und Investitionsverträgen gefordert. Daß sich hierauf die kritische Aufmerksamkeit richtet, ist nur natürlich und muß die für die Dritte-Welt-Länder wirklich hilfreichen Investitionen nicht beeinträchtigen. 3. Aus der Strategie der Anregung lokaler Wirtschaften und regionaler Märkte folgte notwendig ein *Ja zur stärkeren Öffnung der eigenen Märkte* für industrielle und vor allem landwirtschaftliche Produkte aus Entwicklungsländern.

Allerdings gingen über das Wie und Wieweit je nach Interessenstandpunkt die Meinungen auseinander. Mit Recht wurde geäußert, daß der großflächige Anbau von Mohnkulturen, deren Produkte den europäischen Markt überschwemmen, unserer Landwirtschaft schadet und der Bevölkerung der Entwicklungsländer „sozial“ wenig nützt. Doch spürte man allzudeutlich den Interessenvertreter, als der Vertreter des Bauernverbandes forderte, die Entwicklungsländer sollten sich auf den Ausbau der eigenen Märkte konzentrieren, anstatt das Heil vorwiegend auf dem Weltmarkt zu suchen. Da der Kongreß sich aber „*Motivanalyse*“ verbot und nur die Prüfung von Argumenten gelten ließ, sei auch hier darauf verzichtet. Und ganz falsch konnte die These gar nicht sein: dynamische Wirtschaften in Entwicklungsländern werden zwar die strukturpolitischen Probleme bei uns vergrößern, aber verlässlichere und stärkere Wirtschaftspartner werden auch anregend auf unsere eigene Wirtschaft zurückwirken. Der *Abbau protektionistischer Schutzmaßnahmen* war je-

denfalls nicht, wie Bahr angesichts des europäischen Agrarprotektionismus meinte, eine „akademische Frage“, sondern allseitig beschworenes Ziel.

Kontroversen und Defizite

4. wurde übereinstimmend festgestellt, daß die *Durchsetzung von Menschenrechten* ebenso zum Entwicklungsprozeß gehört wie die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Hinsichtlich der möglichen Wege war man sich durchwegs uneinig. Das wurde deutlich am Thema Gewalt. Die SPD ist nach der Formulierung von Egon Bahr

„für die Unterstützung von Befreiungsbewegungen, die offensichtlich von der Bevölkerung getragen werden oder die als Sprecher der Betroffenen von den Vereinten Nationen anerkannt sind. Sie verdienen nicht nur humanitäre Hilfe, sondern auch politische und wirtschaftliche, wobei Ausbildung außerhalb der Kampfgebiete oft wesentlich für spätere Aufgaben ist. Dabei müssen wir uns bewußt sein, daß auch bei klarer Abgrenzung der Verweigerung von Waffen und Munition jede andere Ware oder jede finanzielle Hilfe den bewaffneten Kampf erleichtert.“

Für Helmut Kohl hingegen galt unbegrenzter Gewaltverzicht. Selbst bei Bewegungen, die nicht totalitäre Ziele verfolgen, sondern am politischen Gestaltungsprozeß auf demokratische Weise teilnehmen wollen, aber diese Teilnahme mit Gewalt durchsetzen wollen, komme Unterstützung nicht in Betracht:

„Wir sind der Auffassung, daß eine solche Bewegung unser Verständnis und unsere Sympathie verdient. Wir können aber keine Hilfe an sie geben, welche die gewaltsame Durchsetzung – auch anerkannt erstrebenswerter Ziele – befördert.“

Begründung: Die Bundesrepublik habe seit ihrem Bestehen den Verzicht auf gewaltsame Durchsetzung politischer Ziele zum Grundprinzip ihrer auswärtigen Politik erhoben. Wenn diese Politik glaubwürdig bleiben wolle, müsse sie auf jede Maßnahme verzichten, die Einsatz von Gewalt befördert. Das bedeute aber keine Abwertung demokratischer Befreiungsbewegungen.

In dem zusammenfassenden Bericht aus den Arbeitskreisen 4 bis 7 (Prof. *Gerhard Grobs*) hieß es, bezüglich der Legitimität von gewaltsamem Widerstand scheine sich „ein Minimalkonsens zwischen den Vertretern der kirchlichen Organisationen, die diesen Kongreß tragen, anzubahnen“, der aber im Gegensatz zu dem stehe, was die Vertreter der CDU und CSU im Plenum sagten. Er wurde (allerdings nur *in bezug auf die Kirchen*) so formuliert:

„a) Kirchen dürfen niemals direkt Gewalt unterstützen, sondern müssen immer versuchen, Frieden zu stiften.

b) In Konflikten müssen die Kirchen den Opfern der Gewalt humanitär zur Seite stehen und helfen.

c) Wenn die Kirchen in Konflikten humanitäre Hilfe leisten, können sie es nicht vermeiden, *indirekt* Gewalt zu unterstützen, und müssen das in Kauf nehmen, da sie sonst überhaupt nicht helfen können, die Opfer im Stich lassen und auch dadurch indirekt Gewalt unterstützen.

d) In Konflikten zwischen Widerstandsbewegungen und Re-

gierungen müssen die Kirchen, um überhaupt humanitäre Hilfe leisten zu können, mit beiden Konfliktpartnern zusammenarbeiten.“

Man kann fragen, ob das wirklich ein Widerspruch zu der von der politischen Opposition formulierten Haltung war. Ein Teil der Veranstalter hat es vermutlich nicht so verstanden. Dennoch überzeugte die Kasuistik der einen wie der anderen Seite nicht. Ist Helmut Kohls enge Bindung der Aussagen über die Befreiungsbewegungen an den außenpolitischen Grundsatz uneingeschränkter Gewaltverzicht nicht im Widerspruch zu dem im Gesprächspapier zwischen den Kirchen und der CDU festgehaltenen Satz, daß Leitlinien des Grundgesetzes nicht ohne weiteres auf die Verhältnisse in den Entwicklungsländern übertragbar sind? Andererseits war die Antwort Bahrs auf die Frage, ob auch mögliche Befreiungsbewegungen in kommunistischen Ländern Europas unterstützt werden sollten: „Die würde ich dann nicht unterstützen, denn sie gefährden den Weltfrieden“ zwar süffisant, aber kaum zielführend. Vielleicht könnte auch hier die Fortsetzung des Dialogs Kirchen – gesellschaftliche Gruppen ein *offenbares Defizit an Verständigungsbereitschaft* abbauen.

Als defizitär empfunden wurde weitgehend auch die Diskussion über die *militärischen Verstrickungen* der Politik gegenüber und mit Dritte-Welt-Ländern. In den Plenumsveranstaltungen wurde die Thematik kaum angesprochen, es sei denn in Form von Postulaten nach allgemeiner Abrüstung. In einem Arbeitskreis wurde die Verschärfung der Bestimmungen über Lieferung bzw. Nichtlieferung von Waffen in Spannungsgebiete gefordert. Konsequenterweise hätte man dann wohl Gewaltverzicht ausnahmslos fordern müssen. Sonst schien die Rechnung ebenso wenig aufzugehen wie bei der simplen Gegenüberstellung von Entwicklungshilfe und Verteidigungskosten bzw. Rüstungsausgaben.

Kaum behandelt wurde das Stichwort *Bevölkerungswachstum*. Wenn es aber richtig ist, daß gerade in den ärmsten Entwicklungsländern der Produktionszuwachs durch das Bevölkerungswachstum praktisch aufgezehrt wird, dann hätte gerade dieses Thema auch auf einen kirchlichen Kongreß eine aufmerksame Behandlung verdient. Aber das wäre wohl nur für ein direktes Gespräch mit Vertretern der Entwicklungsländer ein Thema gewesen. Insofern war der Kongreß insgesamt nach Struktur und Ausrichtung etwas sehr Vorläufiges.

Der Kongreß war Gemeinschaftsveranstaltung der Kirchen bzw. der kirchlichen Träger. Er firmierte *ökumenisch*. Was dargestellt wurde, war aber eher ein zwischenkirchlicher Parallelismus: Wenn eine Einleitung zu geben oder Grußworte zu sprechen waren, tat dies jeweils die evangelische und die katholische Autorität. Ökumenisch im heute wünschbaren und realisierbaren Sinne wäre der Kongreß gewesen, wenn man auf diesen Proporz im Veranstaltungsbild hätte weitestgehend verzichten können. In der Sache selbst war man kirchlich kaum weit auseinander. Eher differierten sich die Meinungen nach dem Gesetz politischer Zugehörigkeiten, die allerdings auch wieder konfessionelle Wurzeln zeigten.

Martin Angermann